APD INFORMATIONEN
DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

JULI 2019
36. JAHRGANG

DEUTSCHLAND

Neuer Geschäftsführer der Deutschen Evangelischen Allianz 2
Von Nazis diffamierte „Asoziale" und „Berufsverbrecher" als NS-Opfer anerkennen 4
Leitungswechsel bei der Heilsarmee 6
Kirchentag: Podium zur politischen Korrektheit 7
IGFM fordert Aussetzung von Abschiebungen christlicher Konvertiten in den Iran 8
Adventistische Institutionen auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund 9

INTERNATIONAL

Russland: Adventisten führen Kongress für Arbeit mit Gehörlosen durch 11
USA: Adventistischer Senatskaplan mit Canterbury-Medaille gewürdigt 12
Adventisten in der Romandie und im Tessin wählen neue Kirchenleitung 13
England: Adventistischer Friedensmarsch gegen Waffenkriminalität 15
Papua-Neuguinea: Siebenten-Tags-Adventist zum Premierminister gewählt 16

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Hospiz Friedensberg feiert 10-jähriges Bestehen 17
Adventisten in Mexiko: neue Fahrzeuge für medizinische Einsätze 18

KULTUR

Adventisten: Neuer Professor an der Hochschule Friedensau 20
Weltweit besuchen 60 Millionen Kinder eine katholische Schule 21
Europäische Pastorinnen-Tagung der Adventisten 23
Theologische Hochschule Friedensau kooperiert mit Oxford University 25

MEDIEN

YouTube bei der Vermarktung von Online-Videos vorn 26
„wertvoll": neuer wöchentlicher Talk auf HopeTV 27
REZENSION:
Markus Baumgartner (Hrsg.), *So machen Kirchen Schlagzeilen: Praxisbuch besser kommunizieren* 28
KOMMENTAR:
Kirchengebäude-Ökumene 2019: Evangelisch entwidmet – Evangelisch-freikirchlich umgewidmet? 30

Impressum 32

DEUTSCHLAND

Neuer Geschäftsführer der Deutschen Evangelischen Allianz

Dr. Reinhardt Schink
© Foto: privat/DEA

Bad Blankenburg/APD Mit einem Gottesdienst und einem Festakt mit rund 600 Teilnehmern hat die *Deutsche Evangelische Allianz* (DEA) den Wechsel im Amt des Generalsekretärs vollzogen. Auf Hartmut Steeb (Stuttgart), der das Amt des Generalsekretärs 31 Jahre lang ausgeübt hat und in den Ruhestand geht, folgt der 54-jährige Betriebswirt Dr. Reinhardt Schink (München), der zuletzt beim Versicherungskonzern Allianz tätig war.

DEA muss sich neuen Herausforderungen stellen
Schink betonte, dass er seine neue Aufgabe in großer Kontinuität zu seinem Vorgänger angehen werde. Entscheidend für ihn sei, dass die Evangelische Allianz wie bisher Menschen unterschiedlicher Frömmigkeitsstile zusammenführe und sich nicht durch Abgrenzungen definiere, sondern vom Zentrum des Glaubens her, also einer gelebten Christus-Beziehung. Zugleich müsse sich die Evangelische Allianz neuen Herausforderungen stellen, beispielsweise der Bedeutung der Digitalisierung: „Wir wollen, um es mit einem Wort der Bibel zu sagen, jederzeit bereit sein, Rechenschaft von der Hoffnung zu geben, die in uns als Christen lebt. Das gilt auch im heutigen gesellschaftlichen Umfeld, vor dem wir aber keine Angst haben müssen, denn aufgrund von Gottes Verheißungen können wir als Christen positiv und zukunftsorientiert sein.“ Von zentraler Bedeutung sei, jüngere Menschen in den Blick zu nehmen. Aus diesem Grund sei im Herbst ein Zukunftsforum geplant, bei dem christliche Leiter aus den unterschiedlichen Generationen zusammenkommen, um über die Weitergabe des Glaubens in einem zunehmend säkularen Umfeld zu beraten.

Einheit gestalten
Eine bleibende Aufgabe der Evangelischen Allianz ist nach Einschätzung des bisherigen Generalsekretärs Hartmut Steeb die Verankerung im Wort Gottes als

Grundlage für die Lehre in der christlichen Gemeinde. Gerade angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen sei ein Neuaufbruch in Sachen Evangelisation und Mission wünschenswert. Die Evangelische Allianz könne zugleich stolz darauf sein, dass sie die älteste interkonfessionelle Bewegung sei, die sich bereits 1846 als weltweiter Verbund in London konstituierte. „Wir müssen die Einheit nicht schaffen, die hat Jesus erbetet, die ist längst da. Das Geschenk der Einheit auszupacken, die Einheit zu gestalten, ist Aufgabe der Evangelischen Allianz“, so Steeb.

Erwartungen an den Neuen

Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz, Präses Ekkehart Vetter, würdigte Steebs „beispiellosen Einsatz“ in den vergangenen 31 Jahren: „Hartmut Steeb hat seinen Dienst als Generalsekretär immer zutiefst als einen Dienst für Gott verstanden. Seine innersten Glaubensüberzeugungen haben auch in der Gestaltung seines Dienstes ihren Ausdruck gefunden. Darum haben wir ihn über all die Jahre als einen zutiefst authentischen Menschen erlebt.“

Mit Reinhardt Schink folge ein Generalsekretär, der nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen in der Wirtschaft die Arbeit der Allianz weiterentwickeln werde, so Siegfried Winkler, der 2. Vorsitzende der Evangelischen Allianz: „Als Neuer bringt Reinhardt Schink uns neue Impulse, die der Evangelischen Allianz helfen, am Auftrag Gottes festzuhalten und diesen gegenwartsrelevant und zukunftsfähig zu gestalten.“

Der neue Generalsekretär

Der im Strategischen Management promovierte Betriebswirt Reinhardt Schink, (geb. am 21. Mai 1965) arbeitete seit 1997 in verschiedenen Management-Positionen im Allianz Konzern. Zusätzlich gründete er 2018 ein Start-Up im Bereich digitaler Geographie-Daten. Bevor Schink im Jahr 2014 die Leitung des Markt-Managements bei Allianz Global Benefits übernahm, baute er bei Allianz Deutschland im Markt-Management das strategische Innovationsteam auf, das unter anderem die erste Generation digitaler Produkte implementierte, und verantwortete die Marktanalyse sowie Marktstrategie. Neben Innovation, Geschäftsentwicklung und Kundenorientierung war die betriebliche Altersversorgung ein thematischer Schwerpunkt von Dr. Schink. Er war Mitglied zahlreicher internationaler Beratungsgremien und stellvertretender Vorsitzender des Beirats von AllNet, dem internationalen Netzwerk der Allianz für betriebliche Vorsorge sowie Vorsitzender des Retail Insurance Advisory Councils der European Financial Management Association.

Ehrenamtlich engagiert sich Reinhardt Schink seit vielen Jahren im CVJM, sowohl auf lokaler als auch überregionaler Ebene. Seit 2015 ist er stellvertretender Vorsitzender des CVJM Deutschland. Er ist verheiratet mit Miriam Schink, die beiden haben zwei Kinder.

Der bisherige Generalsekretär

Der Diplom-Verwaltungswirt (FH) Hartmut Steeb (geb. am 29.10.1953) war seit 1. April 1988 Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz. Zuvor war Steeb für die Evangelische Landeskirche in Württemberg tätig. In seine 31-jährige Amtszeit fiel unter anderem der Zusammenschluss der Evangelischen Allianz im Westen und im Osten Deutschlands mit der Verlagerung des Vereinssitzes ins thüringische Bad Blankenburg, seine Tätigkeit als Generalsekretär beziehungsweise Vorstandsmitglied der Evangelisationsbewegung „ProChrist“ sowie seine Vorstandstätigkeit in der „Koalition für Evangelisation“. Steeb tritt aktiv für den Lebensschutz ein, ist einer der Initiatoren des jährlichen „Marsch für das Leben“, Vorsitzender des „Treffens Christlicher Lebensrechts-Gruppen“ sowie stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbands Lebensrecht. Steeb ist verheiratet mit Angelika Steeb. Beide haben zehn Kinder und achtzehn Enkelkinder.

Die Deutsche Evangelische Allianz
Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) versteht sich als ein Bund von Christusgläubigen, die verschiedenen christlichen Kirchen, Gemeinden und Gruppen angehören. Sie hält zu etwa 350 überregionalen Werken Kontakt und wirkt an rund 1.000 Orten in Deutschland mit regionalen Allianzkreisen. In der Evangelischen Allianz pflegen Christen – über ihre Zugehörigkeit zur eigenen Gemeinde hinaus – Gemeinschaft mit anderen Christen aus anderen Denominationen. In den Allianzkreisen, die sich auf Orts- und mitunter auch auf Regionalebene treffen, kann mitarbeiten, wer der Glaubensbasis der Evangelischen Allianz zustimmt.

Geistliches Leitungsgremium ist der Hauptvorstand, dem derzeit 60 Vertreter der evangelikalen Bewegung aus den evangelischen Landeskirchen, Freikirchen, Gemeinschaften und Werken aus verschiedenen Konfessionen angehören. Verantwortlich für die laufende Arbeit ist der Geschäftsführende Vorstand zu dem unter anderem der Erste Vorsitzende Ekkehart Vetter, der im Hauptberuf Präses des Mülheimer Verbands Freikirchlicher Evangelischer Gemeinden ist, gehört, sowie Generalsekretär Dr. Reinhardt Schink. Weitere Informationen: www.ead.de

Von Nazis diffamierte „Asoziale" und „Berufsverbrecher" als NS-Opfer anerkennen

Symbolbild
© Foto: larahcv/Pixabay

Bremen/APD Die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz fordert in einem Appell an den Deutschen Bundestag, die von den Nazis als „Asoziale" und „Berufsverbrecher" Diffamierten und Inhaftierten förmlich als NS-Opfer anzuerkennen. Die Bundesvereinigung erinnert daran, dass ihre letzte Opfergruppe „Kriegsverräter" erst vor zehn Jahren, am 8. September 2009, politisch anerkannt und rehabilitiert worden

sei. Bis dahin seien diese Opfer der NS-Militärjustiz, vor allem die Deserteure und Wehrkraftzersetzer, jahrzehntelang geächtet worden. Deren Widerständigkeit gegen einen Angriffs- und Vernichtungskrieg sei von NS-Juristen oft als „staats- und wehrfeindliche Einstellung“ und als Ausdruck „asozialer Persönlichkeit“ bewertet worden.

Keine Rechtfertigung für KZ-Haft

Das Vorenthalten der förmlichen Anerkennung der als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ diffamierten Häftlinge als NS-Opfer wecke oder bestärke objektiv, ob gewollt oder ungewollt, den Eindruck, sogar KZ-Haft sei für diese zehntausenden Häftlinge kein nationalsozialistisches Unrecht und somit für bestimmte Delikte „rechtfertigbar“ gewesen, so die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. 75 Jahre nach Ende des Nazi-Regimes sei im Deutschen Bundestag die Klarstellung überfällig, „dass kein Mensch mit Recht in ein NS-Konzentrationslager verschleppt, dort legitim gequält oder gar ermordet wurde“. Die Bundesvereinigung erinnerte daran, dass nach dem Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZStiftG) aus dem Jahr 2000 alle KZ-Häftlinge eine Leistungsberechtigung hätten. Dem müsse jetzt ihre förmliche Anerkennung als NS-Opfer folgen. Wie anderen Opfergruppen des NS-Regimes gebühre ihnen und ihren Angehörigen Achtung und Mitgefühl.

Koalitionsvereinbarung verwirklichen

Gerade weil die vom Nazi-Jargon geprägten Begrifflichkeiten „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ bis heute umgangssprachlich diskriminierend verwendet würden, sei die explizite politische Anerkennung dieser NS-Opfergruppen durch den Bundestag und die Bundesregierung notwendig. Eine geforderte wissenschaftliche Aufarbeitung und didaktischen Vermittlung dieses komplexen Themas könnten kein Ersatz für die Anerkennung dieser NS-Opfer sein. Sie wurden in den Konzentrationslagern mit schwarzen und grünen Winkeln gekennzeichnet. Die Bundesvereinigung regt daher an, in den Beratungen des Deutschen Bundestages die Aussage der aktuellen Koalitionsvereinbarung zu verwirklichen: „Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten“ (Seite 168).

Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Der Deutsche Bundestag hat bereits die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen (19/7736) und der FDP (19/8955), mit denen die Anerkennung vom NS-Regime als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ diffamierte ehemalige KZ-Häftlinge als NS-Opfer gefordert wird, erstberaten. Am 4. April 2019 wurden die Anträge an die zuständigen Bundestagsausschüsse überwiesen. Eine überfraktionelle Einigung über die geforderte politische Anerkennung dieser Menschen als „Opfer des NS-Unrechts“ und damit die förmliche Feststellung durch den Deutschen Bundestag, dass an ihnen nationalsozialistisches Unrecht verübt wurde, steht noch aus.

Der Appell der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz neben Hintergrundinformationen zum Thema sind dokumentiert auf folgender Internetseite:
http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=pressemitteilungen

Leitungswechsel bei der Heilsarmee

Oberste Hervé und Deborah Cachelin
© Foto: Die Heilsarmee

Köln/APD Neuer Territorialleiter für die Heilsarmee in Deutschland, Litauen und Polen ist ab 1. Juli Oberst Hervé Cachelin. Wie die Heilsarmee mitteilte, folgt er damit der bisherigen Territorialleiterin Marie Willermark, die in ihr Heimatland Schweden zurückkehrt und sich dort bis zu ihrem Ruhestand der Gemeindearbeit widmet.

Cachelin ist der Ururenkel und direkter Nachfahre des Gründervaters der Heilsarmee, General William Booth (1829-1912). Zudem führt Cachelin eine Familientradition fort. Bereits sein Vater, Kommandeur Francy Cachelin, leitete die Heilsarmee in Deutschland in den Jahren 1979 bis 1984. Der 62-jährige Oberst war seit 2017 als Chefsekretär (Verwaltungsdirektor) am Territorialen Hauptquartier (THQ) der Heilsarmee in Köln für die Abteilung Finanzen verantwortlich. Zuvor hatte der gebürtige Schweizer gemeinsam mit seiner Frau für die Heilsarmee in der Schweiz, in Australien und England als Korpsoffizier (Gemeindeleiter), Jugendsekretär, in der Offiziersausbildung und an verschiedenen Divisionshaupt-quartieren gedient. Cachelins Ehefrau, Oberstin Deborah Cachelin wird zeitgleich, ab Juli, das Amt der Territorialen Präsidentin für Frauenarbeit am THQ in Köln leiten. Als Nachfolger ins Amt des Chefsekretärs (Verwaltungsdirektors) am THQ in Köln wurde Oberstleutnant Hartmut Leisinger berufen. Der studierte Betriebswirt verantwortete seit 2014 am THQ die Bereiche Finanzen, Liegenschaften und Informationstechnologie. Darüber hinaus bekleidet er das Amt des Datenschutzbeauftragten.

Die Heilsarmee
Sie wurde Mitte des 19. Jahrhunderts in den Slums des Londoner East End von dem damaligen Methodistenprediger William Booth gegründet, der von der erschütternden seelischen und sozialen Not der Menschen tief berührt war. Nach wie vor hilft die Heilsarmee finanziell schlecht gestellten Menschen und will auch denjenigen ein geistliches Zuhause bieten, die am Rande der Gesellschaft stehen. Als evangelische Freikirche und Hilfsorganisation arbeitet die Heilsarmee in 131 Ländern und zählt etwa drei Millionen Mitglieder und freiwillige Helfer. Weltweit leistet sie eine umfangreiche geistliche und soziale Arbeit in ihren Gemeinden und Sozialzentren. In Deutschland, Litauen und Polen gibt es 45 Gemeinden mit etwa 1.400 Mitgliedern und 18 soziale Einrichtungen sowie 11 angegliederte Angebote. Weitere Informationen unter: www.heilsarmee.de

Kirchentag: Podium zur politischen Korrektheit

Dr. Marc Erdl auf dem Kirchentag in Dortmund
© Foto: Klaus Ulrich Ruof/EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Dortmund/APD Um den Streit um Tugendterror in Bezug auf gendergerechte Sprache ging es auf dem Podium „Das ist jetzt aber nicht politisch korrekt!“ im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Dortmund. Verschiedene Experten diskutierten über politische Korrektheit, Verwendung von gendergerechter Sprache und politische Streitkultur.

Die Bewegung einer politischen Korrektheit gibt es so gar nicht. Diese These vertrat der Wirtschaftswissenschaftler und Germanist Dr. Marc Erdl in seinem Eröffnungsvortrag. Erdl führte aus, wie das Phänomen „political correctness“ als importierter Mythos aus den USA in Deutschland aufgenommen wurde. Politische Korrektheit sei im Gebrauch, nicht zuletzt durch mediale Berichterstattung, zu einer Sache geworden, die es so gar nicht gebe. Als Narrativ legitimiere sie aber alles – bis hin zum politischen Mord.

Soll man Sprache gendern?
Auf die ideologischen Voraussetzungen bei der Verwendung von Sprache wies die WeltN24-Redakteurin Hannah Lühmann hin. Man sollte die Ordnung der Grammatik nicht der Ordnung der Ideologie unterordnen, so Lühmann. Dr. Bettina Hannover, Professorin für Schul- und Unterrichtsforschung an der Freien Universität Berlin, erwähnte ihre Studien zu den Auswirkungen von gendersensibler Sprache. Ihre Einübung zeige sich auch in einem sensibleren Umgang mit anderen Menschen. Man darf in unserem Land alles sagen – man muss nur mit den Folgen leben, dass einem nicht alle zustimmen. Diese Überzeugung vertrat der Chefredakteur von „Zeitzeichen“, Reinhard Mawick. Sprache sei auch eine Frage der Moral, so der Publizist und Autor Dr. Dr. Rainer Erlinger. Respekt und Anstand seien klare moralische Gebote. „Die Sprache ist für den Menschen da und nicht der Mensch für die Sprache“, so Erlinger.

Wie politisch miteinander streiten?
Der Philosoph Dr. Daniel-Pascal Zorn wies auf die Wichtigkeit des gegenseitigen Verstehens in der gegenwärtigen Debattenkultur hin. Politische Korrektheit könne eingesetzt werden, um Streit, der eigentlich nötig wäre, zu verhindern, was zur Lagerbildung beitrage. Zorn rief dazu auf, nachzuvollziehen, was der andere sagt und möglichst sachlich zu argumentieren und zu differenzieren.

IGFM fordert Aussetzung von Abschiebungen christlicher Konvertiten in den Iran

Symbolbild
© Foto: kilarov zaneit/Unsplash

Frankfurt am Main/APD Die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM) hat Bundesinnenminister Horst Seehofer aufgefordert, Abschiebungen von christlichen Konvertiten in den Iran auszusetzen. Die jüngsten Abschiebefälle in die Islamische Republik Iran zeigten, dass dort Menschen, die den Islam verlassen haben und Christen geworden sind, mit dem Tod bedroht würden und mit Anklagen vor Gericht wegen Apostasie rechnen müssten, heißt es in einer IGFM-Medienmitteilung.

Staatliche Stellen können nicht beurteilen, ob jemand „glaubhaft" Christ geworden ist
Staatliche Stellen könnten nach Auffassung der IGFM nicht als „Experten" feststellen, ob ein ehemaliger Muslim „glaubhaft" Christ geworden sei. „Wer Christ geworden ist und einer Gemeinde angehört, entscheiden noch immer die Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften selbst. Es kann kein staatliches Glaubensprüfungsverfahren oder Glaubensprüfungsamt geben", erklärte IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin.

Anlass für die Forderung der IGFM ist der Fall einer 58-jährigen iranischen Christin, die am 8. Mai aus Deutschland in die Islamische Republik abgeschoben wurde. Die iranische Justiz hat gegen sie ein Gerichtsverfahren eröffnet, wie die Flüchtlingsbeauftragte des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises, Christine Deutscher (Greifswald), berichtete. Die drei erwachsenen Söhne der Frau, die in Deutschland leben, hätten mehrfach mit ihr telefoniert. Sie sei äußerlich unversehrt, jedoch nach ihrer Ankunft im Iran mehrere Tage inhaftiert worden. Gegen die Hinterlegung einer Hauskaufurkunde durch eine Verwandte als Kaution sei sie momentan auf freiem Fuß, dürfe aber Teheran nicht verlassen.

Todesstrafe für das Verlassen des Islams
Die IGFM weist darauf hin, dass nach dem im Iran geltenden islamischen Recht der

„Abfall vom Islam“ mit dem Tod bestraft werden kann. Häufig würden aber die eigentlichen Haft- oder Hinrichtungsgründe von der iranischen Justiz verschleiert. Entweder, indem Anklagen nicht veröffentlich oder Akteneinsicht verweigert würde, so die IGFM weiter. Außerdem ergingen viele Urteile unter vorgeschobenen und völlig diffusen Anklagen wie „Vergehen gegen die nationale Sicherheit“.

Auswärtiges Amt soll Prozessbeobachter stellen
Die IGFM forderte außerdem Bundesaußenminister Heiko Maas auf, über die deutsche Botschaft im Iran Prozessbeobachter für das Verfahren gegen die abgeschobene iranische Christin zu stellen. Nach Einschätzung der IGFM könne das Auswärtige Amt „durch offen demonstriertes Interesse“ das Leben der Frau retten.

Adventistische Institutionen auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund

ADRA Deutschland auf dem DEKT 2019 in Dortmund
© Foto: Jens Mohr/APD

Dortmund/APD Beim Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 19. bis 23. Juni in Dortmund informierten auch die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und mit ihr verbundene Institutionen über ihre Arbeit: die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe *ADRA Deutschland*, *Hope Channel Deutsch*, sowie die *Theologische Hochschule Friedensau*.

Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA
ADRA (Adventist Development and Relief Agency) ist eine internationale Hilfsorganisation, die gemäß dem Motto „Damit Menschen wieder hoffen können“ in unterschiedlichen Bereichen für Bedürftige arbeitet. Besonderes Augenmerk erfährt zurzeit die weltweite Kampagne „Every Child. Everywhere. In School.“, die sich für den Bau von Bildungseinrichtungen und für die Verbesserung von Bildungssystemen einsetzt. ADRA Deutschland wurde 1987 von der Freikirche der Siebenten-Tags-

Adventisten gegründet und gehört zu einem weltweiten Netzwerk mit über 130 nationalen ADRA-Büros. Weitere Informationen: www.adra.de

Theologische Hochschule Friedensau
Die Theologische Hochschule Friedensau ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Hier können unterschiedliche Bachelor- und Master-Studiengänge – zum Teil berufsbegleitend – in den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie sowie ein Kurs „Deutsch als Fremdsprache“ belegt werden. Mehr als 30 Nationen sind nach Angaben der Hochschule unter den rund 200 Studierenden vertreten. Weitere Informationen: www.thh-friedensau.de

Hope Channel Deutsch
Zum Medienzentrum Stimme der Hoffnung e. V. mit Sitz in Alsbach-Hähnlein gehört auch der christliche TV-Sender Hope Channel Deutsch. Er ist Teil der internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde und aus mittlerweile 52 nationalen Sendern besteht. Die Sendungen von Hope Channel TV Deutsch sind zu empfangen über den Satelliten ASTRA, Kabel Unitymedia sowie einige regionale Kabelnetze und im Internet. Weitere Informationen: www.stimme-der-hoffnung.de

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten
Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 210 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 555 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel. Am Informationsstand auf dem Kirchentag konnte das Kirchentagsmotto „Vertrauen“ mit einer VR-Brille samt PlayStation spielerisch eingeübt werden. Weitere Informationen: www.adventisten.de

INTERNATIONAL

Russland: Adventisten führen Kongress für Arbeit mit Gehörlosen durch

Teilnehmende am Kongress für Gehörlosenarbeit an der Zaoksky Adventist University, Russland
© Foto: Euro-Asia Division

Zaoksky/Russland/APD Die überregionale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Westrussland (Westrussische Union) führte vom 2. bis 5. Mai an der Zaoksky Adventist University mit knapp 90 Teilnehmenden aus Russland und weiteren Ländern einen Kongress für Gehörlose durch, wie Adventist News Network (ANN) am 3. Juni berichtete. Kirchliche Vertreter von Abteilungen für Menschen mit Behinderungen sowie gehörlose Adventisten und Dolmetscher für Gebärdensprache tauschten sich über Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf den Dienst an Gehörlosen aus.

„Es ist eine Freude, Fortschritte in diesem Dienst zu sehen“, sagte Sergey Grigorash, der den Dienst für Menschen mit Behinderungen in der westrussischen adventistischen Kirchenleitung fördert. „Es ist erfreulich, dass es in den Adventgemeinden Russlands immer mehr Gehörlose gibt“, so Grigorash. Man lerne sich besser zu verstehen, und in den Gemeinden kämen Dolmetscher für Gebärdensprache zum Einsatz. Laut ANN wurde auf dem Kongress auch über die Eröffnung einer Dolmetscherschule für Gebärdensprache diskutiert.

Die Kongressteilnehmenden tauschten ihre Erfahrungen darüber aus, wie man Gehörlosen biblische Wahrheit vermittelt, Gehörlosenclubs gründet, Kochkurse durchführt, christliche Sommerlager für Gehörlose plant oder Gesundheitsgruppen aufbaut.

USA: Adventistischer Senatskaplan mit Canterbury-Medaille gewürdigt

Barry C. Black
© Foto: Becket Fund for Religious Liberty

Columbia, Maryland/USA/APD Der adventistische Kaplan des Senats der USA, Dr. Barry C. Black, wurde kürzlich vom *Becket Fund for Religious Liberty*, einer gemeinnützigen Organisation, die sich für Religionsfreiheit einsetzt, geehrt. Wie die Kommunikationsabteilung der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD News) mitteilte, erhielt Black die Becket Canterbury-Medaille 2019 für seine Verteidigung der Religionsfreiheit für Menschen jeden Glaubens.

Senatskaplan Barry Black wurde am 23. Mai bei der jährlichen Becket Fund-Gala in New York mit der Canterbury-Medaille 2019 ausgezeichnet. Diese höchste Auszeichnung des Becket Fund würdigt eine Person für ihr Engagement zur Verteidigung der Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt. Die Canterbury-Medaille verdankt ihren Namen den Auseinandersetzungen zwischen dem Erzbischof von Canterbury, Thomas Becket (1118-1170), und König Heinrich II. von England (1133-1189) über die Rechte der Kirche.

Erster adventistischer Senatskaplan

„Nur wenige geistliche Führer sind so begabt wie Kaplan Black, einen fürsorglich, mutigen Dienst in einem religiös-pluralistischen Umfeld zu leisten, sagte Mark Rienzi, Präsident von Becket. „Seit fast zwei Jahrzehnten profitiert unsere Nation von seiner Kaplanschaft, und in diesem Jahr danken wir ihm aufrichtig für seinen Einsatz zur Wahrung der Religionsfreiheit.“ Barry C. Black ist seit 2003 als Senatskaplan tätig. Er ist der erste Siebenten-Tags-Adventist und Afroamerikaner, der in dieser Funktion als geistlicher Berater für die Mitglieder des US-Senats und ihrer Angestellten samt Familien arbeitet. Davor hatte Black mehr als 27 Jahre lang in der U.S. Marine gedient.

Adventisten in der Romandie und im Tessin wählen neue Kirchenleitung

Olivier Rigaud, Raphaël Grin, Nathalie Wagnon (v.l.)
© Foto: ADVENTISTEMAGAZINE

Lausanne/Schweiz/APD Auf der 64. Delegiertenversammlung der regionalen Leitung der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Romandie und im Tessin (Fédération Adventiste de la Suisse romande et du Tessin, FSRT) wählten die 120 Delegierten, Frauen und Männer aus den adventistischen Kirchgemeinden, am 31. Mai in Lausanne eine neue Kirchenleitung. Für die Amtszeit von 2019 bis 2023 wurde Pastor Olivier Rigaud (45) zum Präsidenten gewählt, Pastor Raphaël Grin (41) zum Generalsekretär und Nathalie Wagnon wurde als Finanzvorstand bestätigt. Sie bilden gemeinsam die neue FSRT-Geschäftsleitung.

Der bisherige Präsident, Pastor David Jennah, werde bis zu seiner bevorstehenden Pensionierung weiterhin der Kirche zur Verfügung stehen. Laut ADVENTISTEMAGAZINE, die Kirchenzeitschrift der FSRT, erhalte der ehemalige Generalsekretär Pastor Rickson Nobre andere Aufgaben. Darüber entscheide der neue Vorstand, der ebenfalls gewählt wurde, ebenso wie über die Besetzung aller Abteilungsleitungen der Kirche.

Zur Biografie
Olivier Rigaud (45) wurde in Savoyen/Frankreich geboren und wuchs in einer atheistischen Familie auf. Mit 20 Jahren wurde er Christ. Nach seinem Studium an der theologischen Fakultät am Campus Adventiste du Salève in Collonges-sous-Salève/Frankreich, arbeitete er als Pastor in den französischen Städten in Pau und in Roanne/Saint-Etienne. 2007 promovierte er an der Andrews University (Michigan/USA) in Leadership. Nach weiteren fünf Jahren als Pastor im Norden Frankreichs leitete er ein Jahr lang ein Missionsprojekt und begann 2016 seine Arbeit als Pastor in Genf. Olivier Rigaud hat mit seiner Frau Tantely drei erwachsene Kinder.

Raphaël Grin (41) wuchs auf dem Gelände der Clinique La Lignière in Gland/Kanton Waadt auf, einer Institution der Siebenten-Tags-Adventisten. Nach seinem Studium an der theologischen Fakultät am Campus Adventiste du Salève in Collonges-sous-Salève/Frankreich arbeitete er als Pastor in den Adventgemeinden von Genf,

Lausanne und Freiburg. Gleichzeitig arbeitete er auch in der Jugendabteilung der FSRT-Kirchenleitung mit, zuerst als Stellvertreter und dann als Leiter. Raphaël Grin hat mit seiner Frau Ana einen 16 Monate alten Jungen.

Nathalie Wagnon wurde in der Normandie/Frankreich geboren, wo sie in der Adventgemeinde von Rouen aufwuchs. Nach Abschluss ihres Studiums arbeitete sie von 1989 bis 1996 und dann von 2001 bis 2015 in der Buchhaltung des Campus Adventiste du Salève in Collonges-sous-Salève/Frankreich und seit 2015 als FSRT-Finanzvorstand. Nathalie Wagnon hat mit ihrem Mann Damien zwei erwachsene Söhne.

Schweizer Adventisten sind als Verein organisiert

Die Schweizer Adventisten sind nach dem Vereinsrecht organisiert und teilen sich in zwei Kirchenregionen: die Deutschschweizerische Vereinigung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (DSV) mit Sitz in Zürich und die Fédération des Eglises Adventistes du 7e jour de la Suisse romande et du Tessin (FSRT) mit Sitz in Renens/Kanton Waadt. Beide Verwaltungsregionen bilden gemeinsam die Schweizer Kirchenleitung (Schweizer Union) mit Sitz in Zürich. Ende 2018 lebten 4.757 Kirchenmitglieder in der Schweiz.

Adventistische Institutionen und Werke in den Sprachregionen

Die Adventisten in der Schweiz unterhalten die „Privatschule A bis Z“ in Zürich, zwei Jugendhäuser, in St. Stephan/Kanton Bern und Les Diablerets/Kanton Waadt, drei Alters- und Pflegeheime in Krattigen/Kanton Bern, Oron-la-Ville und Epalinges bei Lausanne, den Advent-Verlag in Krattigen sowie eine Versandstelle für französische Bücher in Renens/Kanton Waadt. Im Weiteren unterhalten sie das „Hope Bibelstudien-Institut“ (HBI) und das „Religionspädagogische Institut“ (RPI) in Zürich sowie das „Institut d'Etude de la Bible par Correspondance“ (IEBC) in Renens. In Gland/Kanton Waadt befindet sich die Klinik „La Lignière“, die auf Rehabilitation bei Herz-Kreislauferkrankungen, neurologischen, orthopädischen und rheumatischen Erkrankungen sowie auf Nachbehandlung bei Krebs spezialisiert ist.

Gesamtschweizerische Institutionen der Adventisten

Zu den gesamtschweizerischen Werken zählt die „Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe“ ADRA Schweiz mit Sitz in Zürich. Das Hilfswerk ist in der Schweiz mit rund 30 Ortsgruppen im sozialen Bereich tätig und im Ausland mit Katastrophen- und Entwicklungshilfeprojekten. Der „Adventistische Pressedienst“ APD Schweiz, Basel, richtet seine Dienste vor allem an säkulare und kirchliche Medien. Die Schweizerische Liga Leben und Gesundheit LLG, Zürich, bietet mit ihren Seminaren in rund 40 Ortsgruppen ganzheitliche Gesundheitsförderung an: körperlich, seelisch, spirituell und sozial.

Ökumenische Kontakte

Die Adventisten sind Mitglied der Schweizerischen Bibelgesellschaft (SB) und haben den Gaststatus in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK-CH). In drei kantonalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen sind sie Mitglieder (Basel-Stadt/Basel-Landschaft, Genf und Waadt) und in drei weiteren haben sie den Gaststatus (Schaffhausen, Tessin und Zürich).

Webseite der Adventisten in der Romandie und im Tessin: http://adventiste.ch/
Webseite der Adventisten in der Deutschschweiz: https://www.adventisten.ch/

England: Adventistischer Friedensmarsch gegen Waffenkriminalität

Friedensmarsch gegen Waffenkriminalität in London
© Foto: Ashley Bloom/TED News Network

St Albans/England/APD Am 27. Mai fand in London/England ein adventistischer Friedensmarsch gegen die Zunahme von Schuss- und Stichwaffenkriminalität in Großbritannien statt. Dabei führten Pfadfinder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Marsch an. Wie die Kommunikationsabteilung der adventistischen teilkontinentalen Kirchenleitung in Nord- und Südosteuropa (TED News Network) berichtete, wurde das Ereignis durch ITV News London, Hackney Gazette und Adventist Radio London sowohl lokal als auch national bekannt gemacht.

Der britische Innenminister Sajid Javid hatte die Eskalation der Stichwaffenkriminalität als „nationalen Notstand“ bezeichnet. Laut TED News Network habe es im vergangenen Jahr 130 Morde in London gegeben und weitere 47 in diesem Jahr. Die Freikirche der Siebenten-Tags Adventisten in Großbritannien und Irland rief als Reaktion auf das Problem an den Samstagen des 18. und 25. Mai zum stillen Gebet, insbesondere in den lokalen Kommunen auf, die von Schuss- und Stichwaffenkriminalität betroffen sind.

Friedensmarsch in London

Am 27. Mai folgte ein Friedensmarsch im Londoner Stadtbezirk Hackney. Unter der Leitung von Mitgliedern der adventistischen Kirchengemeinde in Hackney versammelten sich Verantwortliche aus der Freikirche und der Öffentlichkeit, einschließlich des Bürgermeisters von Hackney, Philip Glanville. Adventistische Pfadfinder aus London führten den Marsch mit Trommeln an. „Wir haben genug vom Sterben, wir haben genug von Schusswaffengewalt und wir haben genug von Messermorden. Wir müssen uns als Gemeinschaft zusammenschließen und gegen dieses Problem, das unsere Kommunen belastet, Stellung beziehen“, so der Pastor der Adventgemeinde in Hackney, Joojo Bonnie, am Zielpunkt des Friedensmarsches.

Rolle der Kirche bei der Gewaltprävention
Bürgermeister Philip Glanville dankte der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten öffentlich für ihre Rolle, die Gesellschaft solidarisch im Kampf gegen ein Problem zusammenzuführen, das inzwischen zu einer nationalen Epidemie geworden sei, berichtete TED News Network. „Es ist ganz klar, dass sich die Kommunen von Hackney um unsere jungen Leute kümmern. Der Stadtrat und ich als Bürgermeister glauben an unsere jungen Leute, und solche Märsche sind wichtig, um zu zeigen, dass die Gesellschaft im Geiste des Friedens und der Harmonie zusammenkommen kann“, so Glanville.

Papua-Neuguinea: Siebenten-Tags-Adventist zum Premierminister gewählt

James Marape
© Foto: Adventist Record

Silver Spring, Maryland/USA/APD Der 48-jährige Adventist James Marape wurde am 30. Mai in der Hauptstadt Port Moresby mit 101 zu 8 Stimmen zum achten Premierminister von Papua-Neuguinea gewählt. Wie die nordamerikanische Kirchenzeitschrift *Adventist Review* (AR) berichtete, erfolgte seine Nominierung nach wochenlangen Turbulenzen, welche die Regierung Papua-Neuguineas erschüttert und schließlich zum Rücktritt des ehemaligen Premierministers Peter O'Neill geführt hatten.

„Wir werden darauf hinarbeiten, den größtmöglichen Nutzen aus dem zu ziehen, was Gott diesem Land aus unseren natürlichen Ressourcen gegeben hat“, zitierte AR James Marape in seiner Rede nach der Wahl unter Berufung auf The Guardian. „Dieser Regierung geht es darum, unser Land an den richtigen Platz zu bringen“. Er werde daran arbeiten, die angeschlagene Wirtschaft zu sanieren. In einem Facebook-Post nach seiner Wahl schrieb Marape: „Ich verspreche nicht, dass ich die Antwort auf alle Probleme unserer Nation sein werde, aber ich verspreche, dass ich mein Bestes geben werde, um etwas zu bewirken!“.

Zur Vita von James Marape
Marape besuchte die Kabiufa Adventist Secondary School. Er erwarb 1993 einen Bachelor of Arts-Abschluss an der University of Papua New Guinea und 2000 einen Master-Abschluss in Umweltwissenschaften an derselben Universität. Er ist bisher Finanzminister des Landes gewesen und vertritt als Parlamentsabgeordneter den Wahlkreis Tari-Pori der Provinz Hela. Zudem ist Marape Ältester der Korobosea Seventh-day Adventist Church.

SOZIALES & ENTWICKLUNG

Hospiz Friedensberg feiert 10-jähriges Bestehen

Hospiz Friedensberg in Lauchhammer
© Foto: Jens Mohr/APD

Lauchhammer (Südbrandenburg)/APD Am 29. Juni hat das erste stationäre Hospiz im Landkreis Oberspreewald-Lausitz im Süden des Bundeslandes Brandenburg sein 10-jähriges Bestehen gefeiert. Getragen wird das „Hospiz Friedensberg", in dem schwerstkranke Menschen eine letzte Herberge erhalten können, vom *Advent-Wohlfahrtswerk Berlin-Brandenburg* und dem *Hospizdienst Oberspreewald-Lausitz*.

„Wer kam auf den verrückten Gedanken, hier ein Hospiz zu bauen?", mit dieser Frage erinnerte Lothar Scheel, Vorsitzender des Trägervereins des Hospizes, in seiner Festansprache an den Beginn der Hospizarbeit vor zehn Jahren und die Vorbereitungen dazu. Menschen, die an etwas Großes glaubten und sich dafür einsetzen, sowie viele Firmen und Spender hätten zur Verwirklichung der knapp 1,5 Millionen Euro teuren Einrichtung in Lauchhammer beigetragen. Bisher hätten dort rund 850 Menschen ihre letzte Lebenszeit verbracht.

Wert und Würde des Lebens – auch im Sterben

„Nicht dem Leben mehr Tage geben, sondern den Tagen mehr Leben" lautet das der englischen Begründerin der modernen Hospizbewegung, Cicely Saunders, zugeschriebene Motto des Hauses. Auf dieses Motto nahm auch der Seelsorger des Hospizes Friedensberg, Pastor Michael Götz, in seiner Ansprache Bezug. Die paradoxe Einsicht: „Nahe dem Tod sind wir dem Leben nahe" mache deutlich, dass uns gerade im Angesicht der Endlichkeit der unendliche Wert des Lebens bewusst werde. „Leben

ist Beziehung", so Götz, „wir brauchen einander, um leben zu können". Es sei ein großer Segen, nicht alleine sterben zu müssen, sondern in Begleitung von anderen Menschen.

Hospiz Friedensberg
Das Hospiz Friedensberg in Lauchhammer bietet seit Juli 2009 sterbenskranken Menschen unabhängig von ihrer Konfession pflegerische Versorgung und soziale Begleitung an. Betrieben wird die Einrichtung vom Advent-Wohlfahrtswerk Berlin-Brandenburg e.V. und vom Hospizdienst Oberspreewald-Lausitz e.V., die dafür einen gemeinsamen Trägerverein (AWW Hospiz Senftenberg in Südbrandenburg e.V.) gründeten. Das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) ist ein bundesweit tätiger gemeinnütziger Verein und bildet mit einer Reihe von sozialen Einrichtungen, Projekten, sozialen Initiativen und verschiedenen Tochter-Gesellschaften das Sozialwerk der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Weitere Infos: www.hospiz-friedensberg.de

Adventisten in Mexiko: neue Fahrzeuge für medizinische Einsätze

Adventistische Kirchenleiter in Chiapas/Mexiko bei der Einweihungszeremonie der Transporter
© Foto: Chiapas Mexican Union/IAD

Miami, Florida/USA/APD Am 3. Juni hat die überregionale Kirchenleitung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Bundesstaat Chiapas/Süd-Mexiko im Rahmen einer feierlichen Zeremonie acht neue Transporter eingeweiht. Die Fahrzeuge sollen für medizinische Einsätze im Rahmen der kirchlichen Gesundheitsförderungs-programme zum Wohl der Bevölkerung von Chiapas verwendet werden, berichtete die Kommunikationsabteilung der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Mittelamerika (IAD News).

„Gesundheit ist eine der wichtigen Säulen, in die die Freikirche investieren sollte, um als Licht dort eingesetzt zu werden, wo es am meisten gebraucht wird", sagte Ignacio Navarro, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Chiapas, bei der

Einweihungsfeier in der Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates. Die Freikirche hat laut IAD News in der ersten Jahreshälfte Dutzende Gesundheitsförderungsprogramme durchgeführt.

Kostenlose medizinische Untersuchungen

Mehr als 200 Adventisten nähmen derzeit an den Gesundheitsförderungsprogrammen zum Wohl der Bevölkerung teil. Es sei geplant, in den kommenden Wochen und Monaten alle medizinischen Fachkräfte in ganz Chiapas einzubeziehen. Die Leistungen umfassen in der Regel kostenlose medizinische Untersuchungen, kleinere Operationen, kleinere zahnärztliche Eingriffe, Ultraschalluntersuchungen, Untersuchungen der Augen, kostenlose Abgabe von Brillen, psychologische Betreuung, Ernährungsberatung, sowie Vorträge über gesunde Lebensweise und Kochkurse.

Hilfe benötigt

„Es gibt viele benachteiligte Kommunen in ganz Chiapas, die dringend Heilung und medizinische Versorgung benötigen, und die neu ausgestatteten Fahrzeuge werden sie unterstützen“, sagte Navarro. Die Lieferwagen sollen nicht nur medizinisches Personal und Medikamente während der Gesundheitsförderungsprogramme transportieren, sondern auch für den Transport von Patienten verwendet werden, die bestimmte medizinische Dienstleistungen in Ambulanzen oder Krankenhäusern benötigen.

Adventisten im Bundesstaat Chiapas

Die überregionale Kirchenleitung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Bundesstaat Chiapas ist eine von fünf in Mexiko. In Chiapas feiern mehr als 246.000 mündig getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 3.159 Kirchengemeinden jeweils am Sabbat (Samstag), dem biblischen Ruhetag, ihren Gottesdienst. Die Freikirche betreibt dort 31 Grund- und weiterführende Schulen, sowie eine Universität.

KULTUR

Adventisten: Neuer Professor an der Hochschule Friedensau

Rektor Prof. Dr. Roland Fischer mit Prof. Dr. Daniel Bendix (v.l.)
© Foto: Andrea Cramer/ThHF

Friedensau bei Magdeburg/APD Am 19. Juni überreichte der Rektor der adventistischen *Theologischen Hochschule Friedensau* (ThHF) bei Magdeburg, Professor Dr. Roland Fischer, Dr. Daniel Bendix, Dozent für „Global Development" (Globale Entwicklung) im Fachbereich Christliches Sozialwesen, die Ernennungsurkunde zum Professor.

Wie die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Friedensauer Hochschule mitteilte, ist Professor Bendix seit März 2019 an der ThHF tätig. Zuvor forschte und lehrte er an der Freien Universität Berlin und an der University of Manchester sowie an den Universitäten Jena und Kassel. Sein Forschungs- und Lehrgebiet umfasst „Globale Entwicklung". Er hat sich insbesondere mit den Auswirkungen kolonialer Machtverhältnisse auf die deutsche Entwicklungspolitik im In- und Ausland beschäftigt. Seine Erkenntnisse veröffentlichte er in dem Buch „Global Development and Colonial Power – German Development Policy at Home and Abroad" im Londoner Verlag Rowman & Littlefield International (2018). Derzeit forscht er zu den Möglichkeiten transnationalen Widerstands gegen Landgrabbing (Landraub) mit dem Fokus auf Mali.

Friedensauer Hochschule
Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. In den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie können verschiedene Bachelor- und Master-Studiengänge, zum Teil berufsbegleitend, und ein Kurs „Deutsch als Fremdsprache" belegt werden. Weitere Informationen: www.thh-friedensau.de

Weltweit besuchen 60 Millionen Kinder eine katholische Schule

Screenshot der Webseite der adventistischen Privatschule Altavilla/Schweiz
© Foto: Privatschule Altavilla

Wien/Österreich/APD Laut *Kathpress, Katholische Presseagentur Österreich* (KAP), besuchen weltweit 60 Millionen Kinder und Jugendliche eine römisch-katholische Schule, Tendenz steigend. Darauf hat Christine Mann, Präsidentin des Europäischen Komitees für das Katholische Schulwesen (CEEC), im Interview mit der Wiener Kirchenzeitung *Der Sonntag* hingewiesen. In Europa seien es rund 8,5 Millionen Schülerinnen und Schüler in katholischen Schulen. Zähle man noch andere konfessionelle Schulen hinzu, seien es sogar zehn Millionen Kinder.

Freikirchlich konfessionelles Schulwesen hat in Europa die höchsten Wachstumsraten
Nach dem Zweiten Weltkrieg seien nicht nur das katholische, sondern auch das evangelische und jüdische Schulwesen wiedererstanden. Dazu kamen in fast allen europäischen Ländern ein orthodoxes, ein muslimisches und ein freikirchliches Schulwesen, „das sich nach und nach ebenfalls europa- und weltweit organisiert - übrigens nach katholischem Vorbild“, sagte Christine Mann. Insbesondere im orthodoxen Schulwesen sei noch „genug Luft nach oben“. Die größten Wachstumsraten verzeichne - wenn auch auf noch geringem prozentuellen Niveau - das freikirchliche konfessionelle Schulwesen, so Mann.
Abgesehen von den insgesamt wachsenden europäischen und weltweit stark zunehmenden Schülerzahlen sind laut Mann einzelne Entwicklungen hoch interessant, weil sie zeigten, „dass das katholische Schulwesen unter verschiedensten staatskirchenrechtlichen Bedingungen leben und gedeihen kann“.

Frankreich mit höchsten Schülerzahlen in katholischen Schulen
Niemand würde wohl vermuten, dass das laizistische Frankreich mit über zwei Millionen Schülern die höchsten Zahlen aufweist und dass in Belgien bis zu 75 Prozent aller Schüler katholische Schulen besuchen. Ähnliches gelte für den Primarschulbereich in Irland.

Albanien mit höchster Zuwachsrate katholischer Schulen
Und das Land mit den höchsten Zuwachsraten an katholischen Schulen sei derzeit

„ausgerechnet das einstmals als religionslos programmierte Albanien“, so Mann. Die Theologin und Juristin leitete früher über viele Jahre das Wiener Erzbischöfliche Schulamt und das Interdiözesane Amt für Unterricht und Erziehung (IDA).

Schulgelder als Herausforderung

Auf große Herausforderungen angesprochen nannte Christine Mann vor allem die Finanzen: „Da die katholische Schule für alle da sein will, sind in der Schulgeldgestaltung natürliche Grenzen gegeben.“ Dann gebe es die Frage nach der Aufnahme nichtkatholischer Kinder: „Ja oder nein? In welchem Verhältnis, in welcher Reihenfolge der Aufnahme? Welchen Religionsunterricht haben sie zu besuchen?“ Freilich seien das auch typisch europäische Fragen, denn: „Wir haben weltweit katholische Ordensschulen, in denen nur ein minimaler Prozentsatz an katholischen Lehrkräften und zugleich an katholischen Kindern und Jugendlichen vertreten ist.“

Jedes Kind ist einmalig und so schon vor aller Leistung von Gott angenommen

Zur Frage, was eine katholische Schule besonders auszeichnet, meinte Mann: „Vor allem die katholische Weite, die sich in doppelter Hinsicht manifestiert: Entwicklung von Identität, auch in ihrer bleibenden Widerständigkeit und zugleich Öffnung hin auf die jeweilige gesellschaftliche Situation und ihre Herausforderungen.“ Wie sich das in der konkreten Pädagogik des einzelnen Schulträgers und seiner Schule niederschlägt, sei vielfältig, kreise aber immer um das gleiche Zentrum: „Jedes Kind ist einmalig und so schon vor aller Leistung von Gott angenommen. Im Erwerb von Bildung auch in ihrer religiösen Dimension, in der Erbringung von Leistung, aber auch in der Entfaltung von Grundtugenden und im Spiel entfaltet sich Menschsein.“

Katholische Schulen ein Ort der Evangelisierung?

Und wie werde eine römisch-katholische Schule zu einem Ort der Evangelisierung? Mann: „Durch Wort und Tat. Predigt, Leitbild und Belehrung allein kommen nicht an, wenn ihnen nicht die Schulrealität, der ganz normale Schulalltag entspricht. Praxis allein, mag sie auch noch so solidarisch und wertschätzend sein, ohne das erklärende und deutende Wort greift sehr oft auch zu kurz.“

Adventisten unterhalten weltweit das grösste protestantische Bildungswesen

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten unterhält mit 8.540 Bildungsinstituten und 1.934.772 Schülern und Schülerinnen beziehungsweise Studenten und Studentinnen das größte protestantische Bildungswesen weltweit: 5.943 Primarschulen mit 1.183.337 Kindern, 2.429 Sekundarschulen mit 595.848 Kindern und Jugendlichen, 52 Berufsbildungsinstitutionen mit 7.214 Absolventen, 116 Hochschulen und Universitäten mit 148.373 Studierenden.

Adventistische Bildungsinstitutionen in Deutschland

In Deutschland gibt es folgende adventistische Bildungsstätten in kirchlicher Trägerschaft: Die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg mit den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie, das Schulzentrum Marienhöhe in Darmstadt mit Grund- und Realschule, Gymnasium, Kolleg und Internate, die Freie Adventschule Oberhavel, Oranienburg-Friedrichsthal, mit Grund- und Oberschule, die Andrews Advent-Grundschule, Solingen, die Daniel-Schule, Murrhardt nordöstlich von Stuttgart (Grund- und Realschule), die Elisa-Schule, Herbolzheim-Tutschfelden nördlich von Freiburg (Grund- und Realschule), die Josia-Schule, Isny/Allgäu (Grund- und Gemeinschaftsschule), die Salomo-Schule, Rastatt (Grund- und Realschule), die Advent-Schule, Heilbronn (Grundschule), die Advent-Schule, Mannheim (Grundschule) sowie Mose-Schule in Nürnberg (Grundschule).

Europäische Pastorinnen-Tagung der Adventisten

Teilnehmende am internationalen Kongress adventistischer Pastorinnen
© Foto: Andrea Cramer/ThHF

Friedensau (bei Magdeburg)/APD Vom 2. bis 6. Juni fand ein internationaler Kongress adventistischer Pastorinnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal, Tschechien und der Schweiz auf dem Campus der adventistischen Theologischen Hochschule in Friedensau bei Magdeburg statt. Eingeladen hatten die Abteilungen Predigtamt und Familiendienste sowie Pastorenfrauen der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division, EUD) mit Sitz in Bern/Schweiz. An der Tagung zum Thema „Ich bin nicht allein" nahmen auch EUD-Präsident Mario Brito und der Vizepräsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Johannes Naether, teil.

Esther Knott, Leiterin der Predigtamtsabteilung der Adventisten in Nordamerika, berichtete über ihre Erfahrungen und ihren Weg als Pastorin. Die ursprünglich aus Ungarn stammende Leiterin der adventistischen Abteilung Frauen und Familie in Westaustralien, Piroska Vranyakne-Feith, präsentierte das Thema „Geistliche Disziplin in Führungspositionen" und illustrierte humorvoll die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Führungsmodellen. Über die Themen Menschenwürde, Gleichberechtigung, Frauenrechte, sexueller Missbrauch und Frauendiskriminierung referierte Simone Emmert, Juristin und Dozentin für Sozialrecht an der Theologischen Hochschule Friedensau. Claudia Sokolis-Bochmann, verheiratet mit einem adventistischen Pastor und selbst baptistische Pastorin, berichtete von dem langen, hindernisreichen Weg, bis sie von ihrer Kirche endlich als Gemeindepredigerin anerkannt wurde. Eine Tagesexkursion führte nach Berlin ins Pergamon-Museum und auf den Spuren des Reformators in die Lutherstadt Wittenberg.

Seelische Verletzungen durch Diskriminierung

„Immer wieder erleben Pastorinnen, dass ihre Überzeugung, von Gott zum Predigtdienst berufen zu sein, von Menschen ihres eigenen Glaubens unterdrückt, abgelehnt und bezweifelt wird", so Heidemarie Klingeberg, adventistische Pastorin in München. Die seelischen Verletzungen durch diese Art von Diskriminierung seien

während der Tagung spürbar und sichtbar gewesen. Die Teilnehmerinnen hätten von ihren persönlichen Erfahrungen erzählt. Der Austausch zum Thema „Ich bin nicht allein“ sei laut Klingeberg für die Teilnehmerinnen ermutigend gewesen und mit der Hoffnung verbunden, dass eines Tages der Traum von Martin Luther King wahr werde und es keine Diskriminierung mehr gebe.

Keine uneingeschränkte Gleichstellung von Pastoren und Pastorinnen

Innerhalb der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gibt es keine uneingeschränkte Gleichstellung von Pastorinnen und Pastoren. Im Juni 2015 stimmte die Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio/USA als oberstes Organ der Freikirche mehrheitlich gegen einen Antrag, die Entscheidung zur Ordination von Frauen den weltweit 13 teilkontinentalen Kirchenleitungen (Divisionen) zu überlassen. Diese Frage war bereits auf den Weltsynoden 1990 und 1995 negativ entschieden worden. Die Beschlüsse der Weltsynode stoßen vor allem in westlich orientierten Ländern auf Widerspruch.

Adventistische Frauen können nach der Entscheidung der Weltsynode in San Antonio zwar weiterhin nach ihrem mehrjährigen Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten als Pastorinnen „gesegnet“ und damit beauftragt werden, Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vorzunehmen; doch ist diese Vollmacht örtlich begrenzt. Während die Ordination von Pastoren innerhalb der Freikirche weltweit Gültigkeit hat, dürfen gesegnete Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung auch praktiziert. Ordiniert zum weltweiten Dienst werden lediglich männliche Geistliche. Nur sie dürfen in das kirchenleitende Amt eines Präsidenten einer regionalen (Vereinigung) und überregionalen Kirchenleitung (Verband/Union) berufen werden, da hierfür die Ordination notwendig ist.

Weltkirchenleitung erkennt die Ordination von Pastorinnen nicht an

Bereits in den Jahren vor der Weltsynode 2015 in San Antonio sind sowohl in den USA als auch in wenigen europäischen Ländern insgesamt knapp 40 Frauen zum Pastorendienst ordiniert worden. Pastorin Sandra Roberts wurde zudem im Oktober 2013 offiziell von der dafür zuständigen Delegiertenversammlung mit 72 Prozent Zustimmung zur Präsidentin einer Vereinigung, nämlich der Südostkalifornischen Kirchenleitung (SECC), gewählt. Voraussetzung für eine derartige Leitungsfunktion ist die Ordination. Da die Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) die Ordination von Pastorinnen nicht anerkennt, betrachtet sie auch die Wahl von Sandra Roberts als ungültig. Sie wird daher als SECC-Präsidentin im offiziellen Verzeichnis der Weltkirchenleitung nicht aufgeführt.

Theologische Hochschule Friedensau kooperiert mit Oxford University

Plakat zum Workshop
© Cover: Evans Osei/ThHF

Friedensau (bei Magdeburg)/APD Vom 18. bis 21. Juni fand an der adventistischen *Theologischen Hochschule Friedensau* (ThHF) ein englischsprachiger interdisziplinärer Workshop zum Thema „Nomadismus, Mobilität und Methoden in der Forschung“ statt. Er befasste sich in Kooperation mit der englischen *Oxford Universität* mit den Methoden, die bei der Erforschung von mobil lebenden Menschen und deren Lebensformen zum Einsatz gelangen. Dabei lag der Fokus auf den Ländern in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops arbeiten, beispielsweise auf der Mongolei, Äthiopien, Kenia, aber auch auf Deutschland.

Laut der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Friedensauer Hochschule seien Landraub, Umwandlung von Ackerflächen in Spekulationsobjekte und damit die Verdrängung der lokalen Bevölkerungen weltweit festzustellen. Am Fachbereich Christliches Sozialwesen der ThHF würden im englischsprachigen Studiengang „International Social Sciences“ seit einigen Jahren in diesem Bereich Feldforschung und Lehre betrieben.

Um die Erkenntnisse, die bereits gesammelt wurden, mit den Forschungen anderer Universitäten zu verknüpfen und in der Fachwelt zur Diskussion zu stellen, soll eine Publikation entstehen, an der Experten mehrerer Universitäten mitwirken. Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Ländern trafen in Friedensau zusammen und wollten das Projekt voranbringen. Es stelle die Kooperation zwischen der Theologischen Hochschule Friedensau und der Universität Oxford auf eine neue Basis. Professor Dawn Chatty sowie Dr. Troy Sternberg von der Oxford University und Dr. Jill Blau von der ThHF arbeiten federführend mit. Finanziell unterstützt werde das Projekt nicht nur durch die Theologische Hochschule und die Oxford University, sondern auch durch die Organisation Pastoralism, Uncertainty & Resilience (PASTRES).

Friedensauer Hochschule
Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. In den Fachbereichen Christliches Sozialwesen und Theologie können verschiedene Bachelor- und Master-Studiengänge, zum Teil berufsbegleitend, sowie der Kurs „Deutsch als Fremdsprache“ belegt werden. Weitere Informationen unter: www.thh-friedensau.de

MEDIEN

YouTube bei der Vermarktung von Online-Videos vorn

Symbolbild
© Foto: Gerd Altmann/Pixabay

Stuttgart/APD YouTube ist wichtigster Verbreitungsweg für Online-Videos, Facebook verliert an Relevanz und Instagram wird immer wichtiger. Das sind einige der Ergebnisse des aktuellen Web-TV-Monitors 2019, der im Auftrag der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) erstellt wurde.

Sozialen Medien kommt eine zentrale Rolle bei der Vermarktung von Onlinevideo-Inhalten zu. Während YouTube von 90 Prozent der Video-Anbieter genutzt wird, gefolgt von Facebook (71 Prozent) und Instagram (59 Prozent), hat sich die Anzahl der Video-Angebote mit einer eigenen Web-Präsenz seit 2014 halbiert. Für 51 Prozent der Anbieter stellt daher die YouTube-Monetarisierung auch die wichtigste Erlösquelle dar. Daneben bieten vor allem die großen Reichweiten auf Instagram ein hohes Monetarisierungspotenzial. Die insgesamt 1.900 untersuchten Video-Influencer haben eine Brutto-Reichweite von rund 175 Millionen Followern. Etwa 12 Prozent der Video-Uploads auf Instagram enthalten bereits Werbeplacements.

Hohes Marktwachstum erwartet
Die hiermit verbundenen Erwartungen sind groß: Nach Schätzung von Goldmedia wird der Markt für Online-Videowerbung bis 2023 auf über eine Milliarden Euro netto wachsen. 80 Prozent der befragten Onlinevideo-Anbieter melden bereits heute gestiegene Abrufzahlten, 40 Prozent sogar starke Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr.

Eine moderne Regulierung ist unverzichtbar
„Die Studienergebnisse unterstreichen eindrucksvoll die rasante Geschwindigkeit, mit der sich der Web TV-Markt entwickelt. Der Anteil der Angebote mit linearen Live-Streams wächst dabei besonders deutlich“, sagte Dr. Wolfgang Kreißig, Präsident der

Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK). „Der Ruf der Anbieter nach Rechtsklarheit ist für uns Bestätigung und Ansporn, die intensiven Bemühungen für eine zeitgemäße, moderne Regulierung von Onlinevideo-Angeboten voranzutreiben“, so Kreißig. Mehr als die Hälfte aller Befragten hatten „Unklare rechtliche Rahmenbedingungen“ als größtes Hemmnis für den Onlinevideo-Markt genannt.

Über die Studie
Der Web-TV Monitor wird von der Beratungs- und Forschungsgruppe Goldmedia und Bertram Gugel im Auftrag der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) und der LFK erstellt und steht kostenfrei zur Verfügung unter www.webtvmonitor.de, www.blm.de und www.lfk.de.

„wertvoll“: neuer wöchentlicher Talk auf HopeTV

Neue Sendereihe „wertvoll“ auf HopeTV mit Gabi Pratz
© Foto: Gerald Förster/Stimme der Hoffnung

Alsbach-Hähnlein (bei Darmstadt)/APD Seit 13. Juni strahlt der christliche Fernsehsender Hope Channel die neue Talksendung „wertvoll“ aus.

Die Mut machende Sendung kann jeden Donnerstag um 20:15 Uhr auf dem Hope Channel verfolgt werden. Persönlichen Geschichten und Erfahrungen aus dem Leben stehen im Vordergrund: Was macht einen Menschen wertvoll? Ist es das, was ein Mensch hat oder kann? Um diese Fragen geht es Gabi Pratz im Gespräch mit ihren Gästen.

Hope Channel Deutsch
Hope Channel ist ein TV-Sender der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Er wird vom Medienzentrum Stimme der Hoffnung e. V. mit Sitz in Alsbach-Hähnlein betrieben. Der Sender gehört zur internationalen Senderfamilie Hope Channel, die 2003 in den USA gegründet wurde und aus mittlerweile 52 nationalen Sendern besteht. Die Sendungen von Hope Channel TV Deutsch sind zu empfangen über den Satelliten ASTRA, Kabel Unitymedia sowie einige regionale Kabelnetze und im Internet. Weitere Informationen: www.hope-channel.de

REZENSION

Markus Baumgartner (Hrsg.), *So machen Kirchen Schlagzeilen: Praxisbuch besser kommunizieren*

Basel: Friedrich Reinhardt Verlag 2018, 288 Seiten, Hardcover, 19,80 CHF (17,80 EUR), ISBN 978-3-7245-2309-3

Das Verhältnis von Medien und Freikirchen ist ambivalent. Der gelernte Bankkaufmann, Journalist und Kommunikationsberater Markus Baumgartner fasst in dem von ihm herausgegebenen Buch 30 Jahre Medienerfahrung zusammen. Baumgartner und seine Mitautoren möchten den Freikirchen helfen, ihre Kommunikation zu verbessern. Das ist nach Meinung des Herausgebers auch dringend nötig: „Christliche Kirchen führen heute ein Nischendasein, gesellschaftlich an den Rand gedrängt, unfähig, Antworten zu geben auf die Fragen, welche die Öffentlichkeit beschäftigen“ (S. 7). Das Buch will daher eine Diskussion anstoßen sowie Christen und Kirchen dazu motivieren, gesellschaftsrelevanter zu werden.

Aufmachung

Auf knapp 300 Seiten wird das Thema „besser kommunizieren“ entfaltet. Dabei wirkt die Gestaltung des Buches mit großem Schriftsatz, dickem Papier und manchmal nicht wirklich relevanter bunter Bebilderung gewöhnungsbedürftig. In 13 Kapiteln (plus Vorwort und Anhang) umreißen die Autoren den Umgang von Freikirchen mit den Medien und umgekehrt. Wissenschaftliche Grundlage der Ausführungen sind unter anderem zwei Studien und eine Image-Umfrage zur Thematik. Positive und negative Medienauftritte werden vorgestellt. Sie belegen, dass es Kirchen auch heute noch möglich ist, die öffentliche Diskussion durch ihre Kernbotschaften mitzuprägen.

Aufbau und Inhalt

Der zum Teil biographische Beitrag „Sind wir von dieser Welt?“ von Willy Surbeck widmet sich der Zeitgeschichte des Schweizer Radios und der widerständigen Medienarbeit des letzten Jahrhunderts. Der Beitrag „Wie sogar die Bibel Schlagzeilen macht“ von Wolfgang Wettstein über einen kontroversen Bibelspot im Jahr 2003 zeigt die Herausforderung, die Botschaft der Bibel gelungen in den Medien zu präsentieren.

Image von Freikirchen

Wissenschaftliche Basis des Buches sind zwei bisher unveröffentlichte Studien über das Image von Freikirchen in der Deutschschweiz. 2015 wurde eine quantitative Inhaltsanalyse zum Thema „Gutmensch, Frömmler oder Fundamentalisten?“ am

Institut für Angewandte Medienwissenschaften der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) eingereicht. Dazu wurden 331 Beiträge von über 1.500 Zeichen in 17 Medientiteln der wichtigsten Deutsch-Schweizer Medien untersucht. Die zweite Studie unternahm Jörg Stolz, Professor für Religionssoziologie an der Universität Lausanne, im Jahr 2014. Sie trägt den Titel: „Religiosität und Spiritualität in der Ich-Gesellschaft". Das Fazit war zu erwarten: In überregionalen Medien werden Freikirchen praktisch nicht genannt. In lokalen Medien werden sie zumeist positiv erwähnt anhand ihres sozialen Engagements. Es werden ebenso Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2016 des Schweizer Forschungsinstitutes gfs vorgestellt, die zeigen, dass Freikirchen „für die meisten Menschen in der Schweiz nicht gesellschaftsrelevant" (S. 68) seien.

In Deutschland sehe es kaum besser aus, konstatiert Andreas Malessa in seinem Beitrag „Kommuzieren Christen in Deutschland besser?" und betrauert das Negativimage der Evangelikalen und deren Manko: „Die Evangelikalen haben so kein positiv besetztes Piktogramm, kein allgemein sympathisch verstehbares, im Wortsinn bedeutsames Logo ihres Glaubens" (S. 87). Peter van Wijlen geht in seinem Beitrag „Die Kirchen im gesellschaftlichen Abseits" den Gründen nach, warum Kirchen medial erfolglos bleiben. Zum einen stünden fromme Christen „für ‚kein Sex vor der Ehe', sie sind gegen Homosexualität und gegen Abtreibung" (S. 93). Der Autor führt auch andere Beispiele aus dem jüngeren Mediengeschehen aus der Schweiz an, wo sich Christen seiner Meinung nach in ein schlechtes Licht gesetzt hätten.

Markus Baumgartner schreibt in seinem Artikel „Der Kampf um Aufmerksamkeit" über die Schwierigkeit der Kirchen, in einer modernen Kommunikationsgesellschaft überhaupt wahrgenommen zu werden. Die Kirchenkultur sei abgeschottet und läge im Clinch mit dem Mainstream der Gesellschaft. Statt Inhalte zu präsentieren werde manchmal nur „Fassaden-PR" (S. 117) betrieben. Er liefert fünf praktische Tipps für den Umgang mit Medien (S. 124) und stellt das „Leidenschaft-Relevanz-Modell" des Kommunikationsberaters Alexander Gligorijevic vor. Als positives Medienbeispiel wird der US-Pastor Rick Warren erwähnt. In weiteren Beiträgen zeigt Baumgartner Bespiele, wie positive Medienauftritte möglich sind, wie Kirche ihre „Sprachfähigkeit" neu erlernen kann, und wie der Schweizer Kultpfarrer Ernst Sieber Wort mit Tat ideal verbindet. Die letzten Beiträge des Herausgebers widmen sich dem Umgang mit den Sozialen Medien und der Krisenkommunikation. In einem Nachwort wird Jesus als Marketing-Genie vorgestellt.

Perspektive und Vision

Das Buch beschreibt zwar eine Perspektive aus der Schweiz, die Kommunikationsprinzipien sind aber im ganzen deutschsprachigen Raum anwendbar. Obwohl das Buch auch einige Checklisten enthält, stellt der Herausgeber fest, das Werk sei kein einfaches Kirchen-Marketing-Rezeptbuch. Es möchte vielmehr das eigene Verhalten kritisch hinterfragen und ändern. Das Ziel, nämlich ganz frech eine selbstkritische Diskussion innerhalb der Freikirchen anzuregen, statt der „Wagenburg-Mentalität" zu verfallen, wird das Buch durch seine fundierten Informationen und gezielten Provokationen hoffentlich erreichen. Die Vision des Herausgebers, die Botschaft von Jesus solle wieder positive Schlagzeilen machen und die Kernbotschaften des Evangeliums mögen in den Medien erneut diskutiert werden, bleibt vermutlich weiterhin idealistisch. Jedem in der kirchlichen Kommunikationsarbeit Engagierten sei das Praxisbuch „So machen Kirchen Schlagzeilen" zur Lektüre empfohlen.

Claudia Mohr

KOMMENTAR

Kirchengebäude-Ökumene 2019: Evangelisch entwidmet – Evangelisch-freikirchlich umgewidmet?

Wie ich kürzlich dem Kölner Stadt-Anzeiger entnehmen konnte, wird die evangelische Wesselinger Dankeskirche als Gottesdienststätte nicht fortbestehen. Ohne auf die lokalen Gründe einzugehen kann festgehalten werden, dass sich evangelische Kirchengemeinden zunehmend mit der Schließung ungenutzter Kirchengebäude befassen müssen. Das Problem leerstehender Gotteshäuser ist je nach Region unterschiedlich ausgeprägt, wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd) unter den 20 Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ergab. In fast allen Landeskirchen mussten schon Kirchen aufgegeben werden.

Nach Angaben der Evangelischen Kirche im Rheinland, der zweitgrößten evangelischen Landeskirche, wurden in den Jahren zwischen 2008 und Ende 2018 rund 150 Kirchen entwidmet - ungefähr jede zehnte. Das ist der absolute Spitzenwert in ganz Deutschland.

Der Wesselinger Dankeskirche steht keine Profanierung (Entweihung oder Entwürdigung) ihres bisherigen Kirchengebäudes bevor. Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wird das Gebäude übernehmen und weiterhin für Gottesdienste nutzen.

Die Aufgabe eines Kirchengebäudes ist in der Regel mit einem gottesdienstlichen Akt – dem so genannten Entwidmungsgottesdienst - verbunden, der in den evangelischen Kirchen als Entwidmung und in der römisch-katholischen Kirche als Profanierung bezeichnet wird. Der Prozess des Abschiednehmens (Abschiedsschmerz) hat sicherlich für die jeweilige Kirchengemeinde seine Berechtigung.

Nach der Übernahme der Dankeskirche durch die evangelische Freikirche findet wahrscheinlich darin – nach freikirchlicher Tradition – eine feierliche „Einweihung“ mit einem Festgottesdienst (Ausdruck der Freude über das neue Gotteshaus) statt. Man könnte also in ökumenischem Sinne von der evangelischen Entwidmung zur evangelisch-freikirchlichen Umwidmung sprechen.

Wenn man mal vom liturgisch fragwürdigen Akt der Weihung und Entweihung von Gottesdiensträumen unter evangelischen Kirchen absieht, so werden ein Gebäude-Abschied und eine Gebäude-(Ein)Weihung unter rechtlichen Aspekten noch fragwürdiger.

Denn nach Meinung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) hat die Widmung und Entwidmung von Gebäuden auch eine rechtliche Dimension. Die kirchliche Widmung stellt eine Kirche oder ein Gebäude unter einen

besonderen öffentlich-rechtlichen Schutz. Durch den Vollzug der Entwidmung wird auch dieser öffentlich-rechtliche Schutz aufgehoben. Dafür sind im Vorfeld die Beschlüsse der jeweils zuständigen Gremien erforderlich. In Kirchen, in denen das vorgesehen ist, wird eine Entwidmung mit dem Verlesen der Urkunde verbunden, die das zuständige Landeskirchenamt ausgestellt hat.

Nach dieser rechtlichen Auffassung ergibt sich die Berechtigung zur Widmung und Entwidmung aus dem Status der Kirche als öffentlich-rechtlicher Körperschaft und der ihr damit übertragenen Hoheitsgewalt. Einer Anerkennung der kirchlichen Widmung durch staatliche Behörden bedarf es nicht; es handelt es sich um einen öffentlich-rechtlichen Akt kirchlichen Handelns, der unmittelbar aus ihrer Körperschaftsqualität folgt.

Nun ist die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in allen Bundesländern auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.). Da kann man doch nur hoffen, dass das Kirchengebäude im Zeitraum zwischen der evangelischen Entwidmung und der freikirchlichen Widmung (Einweihung) keinen Schaden (!) nimmt, denn durch den Vollzug der Entwidmung soll das Gebäude ja den öffentlich-rechtlichen Schutz verlieren.

Gerade im Rahmen der langjährigen Begegnungen in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) zwischen der evangelischen Kirche und der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland wäre es an der Zeit neue Formen der Kirchengebäude-Übernahmen einzuleiten. Auf die liturgisch wie rechtlich fragwürdige Entweihung und Weihung unter evangelischen Landes- und Freikirchen sollte verzichtet werden.

Christian B. Schäffler,
Basel, 19. Juni 2019

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber:	Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
Redaktion:	APD-Zentralredaktion Deutschland Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60, E-Mail: info@apd.info Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend) Claudia Mohr
Erscheinungsweise:	monatlich
Redaktionelle Zusammenarbeit:	APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: APD-CH@apd.info Herbert Bodenmann (verantwortlich) Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312 E-Mail: costaw@gc.adventist.org Williams S. Costa Jr. (verantwortlich) „Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502 E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de Thomas Lobitz (verantwortlich)
APD-INFORMATIONEN online:	www.apd.info
Facebook:	APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland
Twitter:	@apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 20 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 210 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 555 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.